

DEMO NEWSLETTER

Ausgabe 3 | 2010

Liebe Leserin, lieber Leser,

es war ein hartes Stück Arbeit, aber es scheint geschafft: Die Unterhändler von CDU/CSU-FDP-Regierung und SPD haben sich auf eine Grundgesetzänderung zum Fortbestand der Jobcenter geeinigt. Hunderte Kommunen und Hunderttausende Arbeitssuchende atmen auf, hätte ein Scheitern womöglich bedeutet, dass die Betreuung aus einer Hand beendigt worden wäre – und damit eines der Herzstücke der „Agenda 2010“. Apropos: Mit ih-

rem arbeitsmarktpolitischen Papier reformiert die SPD die Reform ein gutes Stück – und erntet Lob von allen Seiten. Die Sozialdemokraten hätten „die Seele des kleinen Mannes wiederentdeckt“, bescheinigte DGB-Chef Michael Sommer. Die Kommunalkonferenz der Bundestagsfraktion belegte erneut, dass die SPD zu den Kommunen steht. Sieben Wochen vor der Wahl in NRW ist beides gut zu wissen.

Herzliche Grüße, Ihr Kai Doering

DEMO 4/2010: Infrastruktur in der Finanzkrise



Titel: ÖPP – Ausweg oder Irrsinn?

In Zeiten klammer kommunaler Kassen erscheinen öffentlich-private Partnerschaften (ÖPP) als Lösung des Dilemmas, die kommunale Daseinsvorsorge zu sichern, ohne die Kommunen in den Ruin zu treiben. Im Titel zeigen wir, wo und wie oft ÖPP bundesweit schon angewandt werden, ob ÖPP der Anforderung, billiger, aber trotzdem gut zu sein, gerecht werden können und wo Fallstricke lauern.

rem arbeitsmarktpolitischen Papier reformiert die SPD die Reform ein gutes Stück – und erntet Lob von allen Seiten. Die Sozialdemokraten hätten „die Seele des kleinen Mannes wiederentdeckt“, bescheinigte DGB-Chef Michael Sommer. Die Kommunalkonferenz der Bundestagsfraktion belegte erneut, dass die SPD zu den Kommunen steht. Sieben Wochen vor der Wahl in NRW ist beides gut zu wissen.

Berichte

Eine gemischte Bilanz zu den Förderprogrammen für Langzeitarbeitslose, das politische Wetter in Hamburg kurz vor dem Volksentscheid für oder gegen sechs Jahre Grundschule, die Zukunft der Jobcenter und ein Interview mit Kiels OB Torsten Albig zur richtigen finanziellen Ausstattung der Kommunen.

Report: Ver- und Entsorgung in der Kommune

U.a. zu regionalen Klimaschutzagenturen, dem Engagement Berliner Betriebe, der Messe „waste to energy“ und warum Tübingen blau macht.

+++ Deutschland kommunal 2010 +++ Deutschla



Der kommunale Ratgeber fürs Jahr: das große DEMO-Kommunalhandbuch – umfassend und übersichtlich:

Kommunale Institutionen in Städten, Kreisen, Ländern und dem Bund; Verwaltungs- bzw. Dezernatsstruktur aller Städte

über 20 000 Einwohner mit Anschriften; Verteilung der Sitze in Rat und Kreistagsfraktion; (Ober-)

Bürgermeister, Stadträte und Dezernenten mit Parteizugehörigkeit und Kontaktdaten; E-Government-Beauftragte. Neu: Kommunalberatungen.

Weitere Schwerpunkte:

Parteien, Wirtschaft, Energie/Stadtwerke aus Städten mit über 100 000 Einwohnern, Verkehr, Medien, Umwelt/Entwicklung, Freizeit, Kultur

Termine: Fachmessen, Kongresse, Veranstaltungen

Das neue Nachschlagewerk ist erhältlich unter www.demo-online.de oder bei Stefanie Martin, Fax: (030) 255 94 -199, vertrieb@demo-online.de

Einen besonderen Service bietet die DEMO-Anzeigenabteilung für Werbekunden und solche, die es werden wollen: eine aktuelle und detaillierte The-

menvorschau für die jeweils kommende Ausgabe der DEMO.

Infos unter witzel@demo-online.de

Die Rubriken im DEMO-Newsletter:

- 2-4 Politik
- 5 Rezension
- 6 Klima
- 7 IT und Wirtschaft
- 8 Aus SPD & SGK
- 9 Tipps
- 10 Termine, Impressum

Anzeige

Qualität für die Entsorgungs- und Recyclingwirtschaft
Dafür steht der **Entsorgungsfachbetrieb**
www.bvse-entsorgungsgemeinschaft.de

Mit Durchblick. Für Qualität!

Entsorgungsgemeinschaft e. V.

Anzeige

diedruckerei.de
Andere drucken mit Farbe.
Wir mit Leidenschaft.

Anzeige

WIKOM AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

14193 Berlin, Humboldtstraße 17
Tel. (030) 89 04 09 0, Fax: (030) 89 04 09 99
E-Mail: berlin@wikom-ag.de
Homepage: www.wikom-ag.de

ITI
Mittelrheinische Treuhand GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft · Steuerberatungsgesellschaft

50669 Köln, Mohlenstraße 104 - 108
Tel. (021) 3 03 12 0, Fax: (021) 3 03 12 93
E-Mail: zentrale@m-treuhand.de
Homepage: www.m-treuhand.de

www.demo-online.de

Die DEMO 4/2010 erscheint am 1. April 2010. Täglich aktuelle Infos unter www.demo-online.de
„Deutschland kommunal 2010“ ist erhältlich unter vertrieb@vorwaerts.de, die Mediadaten unter witzel@demo-online.de

Einigung für Jobcenter und Optionskommunen

Eine Nachtsitzung brachte die Einigung von CDU/CSU, FDP und SPD auf eine Verfassungsänderung zur Neuregelung der Jobcenter. Die Maximalzahl der bisher 69 Optionskommunen wird vergrößert, aber bei 110 gedeckelt. Das Bundesarbeitsministerium bestätigte am Samstag, dass eine Arbeitsgruppe von CDU/CSU, FDP und SPD in 13-stündigen Verhandlungen den Durchbruch zur Neuregelung der Jobcenter erreicht habe. Danach einigte man sich auf eine Grundgesetzänderung, um den 346 von Kommunen und Bundesagentur für Arbeit (BA) getragenen Jobcentern die Weiterarbeit zu erlauben. Für eine Verfassungsänderung benötigt die Koalition die Stimmen der SPD. Das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe hatte die Mischverwaltung der Argon für verfassungswidrig erklärt und eine Neuregelung bis spätestens Ende 2010 verlangt.

Die Union erreichte, dass bisherige Argon optieren können, d.h. die Betreuung und Vermittlung von Langzeitarbeitslosen in eigener Regie übernehmen. Die SPD begrenzte die Zahl der bisher 69 Optionskommunen auf max. 110. Diese sollen sich „harten

Zulassungskriterien“ und einem „einheitlichen Kontrollregime“ unterwerfen. Für SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles „ein klarer Erfolg der SPD, dass die Arbeitslosen auch weiter aus einer Hand betreut werden“. Sie erinnerte daran, dass eine ähnliche Lösung bereits 2009 auf Basis der Vorschläge des damaligen Arbeitsministers Olaf Scholz mit den SPD- und unionsgeführten Ländern nahe gewesen, aber an der Unionsfraktion gescheitert sei. Die Arbeitsgruppe einigte sich weiter, die von Schwarz-Gelb im Etat 2010 gesperrten 900 Millionen Euro für aktive Arbeitsmarktpolitik zu entsperren, und sprach sich dafür aus, die Mittel zu verstetigen, statt zu kürzen.

Endgültig entscheidet eine Spitzenrunde aus Arbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU), den Fraktionschefs von Union, FDP und SPD und den MP von Sachsen und Rheinland-Pfalz, Tillich und Beck, kommenden Mittwoch. Kommunale Spitzenverbände und Bundes-SGK begrüßten den „guten Kompromiss, der viele Forderungen aufgreife“. Der DGB kritisierte die erhöhten Optionschancen als weitere Zersplitterung der Arbeitsmarktpolitik. *sg*



Foto: pixelio.de/Matthias Balzer

Quellen: www.radio.de, www.spiegel.de, PM 164/10 der SPD, Tagesspiegel vom 21. März, FAZ, Süddeutsche und Stuttgarter Zeitung sowie der Infobrief der Bundes-SGK vom 22. März 2010

Kommunalfreundliches SPD-Arbeitsmarktpapier

Das SPD-Präsidium hat am 15. März Vorschläge zur Fortentwicklung der Arbeitsmarktpolitik vorgestellt, die viele kommunale Forderungen einlösen. In dem Konzept „Fairness auf dem Arbeitsmarkt“ werden u.a. Vorschläge zur Begrenzung der Leih- und Zeitarbeit, zum Ausbau der Mitbestimmung und für einen gesetzlichen Mindestlohn unterbreitet, um die Erosion des Normalarbeitsverhältnisses zu stoppen. Für die Kommunen von besonderer Bedeutung sind dabei die Forderungen nach mehr Vermittlerinnen und Vermittlern in den Jobcentern sowie der Verstärkung eines sozialen Arbeitsmarkts. So soll z.B. in strukturschwachen Gebieten für den schon beste-

henden „Kommunal-Kombi“ der Bundeszuschuss auf mindestens 80 Prozent erhöht werden; für Kommunen in Haushaltsnotlage sogar bis zu 100 Prozent. Zudem soll das Programm „Job-Perspektive“ mit einem gesetzlichen Beschäftigungszuschuss ausgebaut werden.

Um in Arbeit statt in Arbeitslosigkeit zu investieren, will die SPD für rd. drei Milliarden öffentlich geförderte, gemeinwohlorientierte Jobs für rd. 200 000 kaum vermittelbare Langzeitarbeitslose schaffen, wie das Hannelore Kraft mit 72 Prozent Zustimmung der Bürgerinnen in NRW gefordert hat.



Foto: pixelio.de/Dieter Schütz

Das SPD-Konzept zur Reform des Arbeitsmarkts unter: www.spd.de/de/pdf/100315_beschluss_arbeitsmarkt.pdf. Beiträge zum Papier und zu bisherigen Programmen erscheinen in der DEMO 4/2010.

DEMO-Kommunalfüchse 2010 gesucht

Es ist wieder so weit. Die DEMO schreibt die „Kommunalfüchse 2010 für intelligente Kommunalpolitik“ aus. Ausgeschrieben sind folgende Kategorien:

- jeweils ein Kommunalfuchs 2010 für die/das
- kommunalpolitische Gesamtstrategie
 - kommunalpolitische Einzelvorhaben
 - kommunalpolitische Lebenswerk
 - junges kommunales Engagement
 - kommunales Engagement gegen Rechts

Haben Sie vor Ort ein innovatives und praktisches Konzept, von dem auch andere etwas lernen können? Wir prämiieren und verbreiten gern gute Ideen!

Bewerbungen für die bundesweit begehrten Preise von Montag, 15. März bis spätestens Freitag, 14.

Mai 2010 an DEMO-Chefredakteur Stefan Grönebaum per Mail: groenebaum@demo-online oder per Post: Chefredaktion DEMO, Stresemann 30, 10963 Berlin.

Bitte das Projekt auf maximal einer DIN-A-4-Seite beschreiben, wichtig sind die Kriterien, die es möglichst erfüllen sollte: Es sollte beteiligend, effizient, nachhaltig, sozial und vernetzt sein.

Gewinner werden in DEMO und DEMO-Newsletter ausführlich vorgestellt, nehmen kostenlos am 5. DEMO-Kommunalkongress am 16./17. Juni 2010 in Mannheim teil und erhalten ihren Fuchs bei der Abendgala am 16. Juni u.a. von Mannheims OB Peter Kurz, Hannovers OB und DEMO-Herausgeber Stephan Weil oder SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles *sg*



www.demo-online.de/demo-kommunalkongress-2010/kommunalfuchs

Forderungen an Gemeindefinanzkommission

Gewerbesteuer erhalten und Kommunen von Sozialausgaben entlasten – dies sind die zentralen Forderungen der kommunalen Spitzenverbände an die Gemeindefinanzkommission, die in einem Schreiben an den Vorsitzenden der Gemeindefinanzkommission, Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble, Anfang März 2010 gerichtet worden sind: „Die (...) Ziele, nämlich die Kommunen zu entlasten und den kommunalen Handlungsspielraum zu erweitern, müssen Maßstäbe für die Kommissionsarbeit

werden.“ Zudem sprechen sich die kommunalen Spitzenverbände für die Verbreiterung der Bemessungsgrundlage und den Kreis der Steuerpflichtigen der Gewerbesteuer aus. In der konstituierenden Sitzung der Gemeindefinanzkommission am 4. März wurden drei Arbeitsgruppen eingesetzt zu den Themen „Rechtsetzung“, „Standards“ und „Kommunalsteuern“. Das Gremium soll u.a. nach einer alternativen Finanzierungsmöglichkeit kommunaler Aufgaben suchen. *Bundes-SGK*



Foto: pixelio.de/Thorben Wengert

Quelle: Bundes-SGK, www.bundesregierung.de

SPD unterstützt notleidende Kommunen

Angesicht einer steigenden Verschuldung und eines zu erwartenden Rekorddefizits von Städten und Gemeinden in diesem Jahr, hat die SPD-Bundtagsfraktion auf einer kommunalpolitischen Konferenz am 15. März gemeinsam mit rd. 300 Oberbürgermeistern, BM, Stadtverordneten und Vertretern kommunaler Unternehmen Möglichkeiten erörtert, den klammen Kommunen unter die Arme zu greifen. „Wir dürfen Städten und Gemeinden nicht weiter Einnahmen entziehen, sondern müssen ihre finanzielle Substanz erhöhen“, forderte Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier. Die SPD hat deshalb einen „Rettungsschirm für Kommunen“ beschlossen, den die Fraktion Ende März als Antrag in den Bundestag einbringen wird.

Darin wird die Bundesregierung u.a. aufgefordert, den Kommunen die durch das „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ entstandenen Einnahmeausfälle in Höhe von 1,6 Milliarden Euro zu erstatten. Langfristig, so SPD-Chef Sigmar Gabriel, müsse es aber darum gehen, ein Steuersystem zu entwickeln, das es den Kommunen ermögliche, ihre Aufgaben dauerhaft zu erfüllen. „Dafür werden wir kämpfen.“ Auf einer Ruhrgebietskonferenz der SPD am 10. März hatte der Vorsitzende der SGK NRW, Gelsenkirchens OB Frank Baranowski, die schwarz-gelbe Landesregierung aufgefordert, umgehend die Vorschläge der sog. Memorandum-Kommunen (Aktionsbündnis „Raus aus den Schulden“) nach Teilentschuldung aufzugreifen. *sgk/kai*



Der Rettungsschirm für Kommunen: www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,50586,00.html, zu den strukturschwachen NRW-Kommunen der Memorandum-Gruppe siehe DEMO 2/2010, S. 8

Kinderfreundliches Stuttgart

Stuttgart ist seinem Ziel, die kinderfreundlichste Großstadt Deutschlands zu werden, in den vergangenen fünf Jahren nähergekommen. Dies geht aus einer Langzeitstudie des Forschungsinstituts Prognos hervor, die der Förderverein Kinderfreundlichkeit Stuttgart in Auftrag gegeben hat. Demnach kann die baden-württembergische Landeshauptstadt im Vergleich mit anderen Großstädten eine gute Position vorweisen. Gute Noten erhält Stuttgart besonders für die Einbeziehung ehrenamtli-

cher Paten bei Vorlese- und Musikprojekten in Kindergärten sowie für den Einsatz von Theaterpaten. Auch dass die Stadt über eine Kinderbeauftragte verfügt, brachte ihr Lob ein. Nachholbedarf gibt es dagegen beim Ausbau des Ganztagsangebots für Drei- bis Sechsjährige. Auch bei der Schaffung von Wohnraum für Familien schneidet Stuttgart noch schlecht ab. Statt der geplanten Förderung von 400 Wohnungen pro Jahr durch das städtische Familienbauprogramm seien nur 240 erreicht worden. *kai*



Foto: pixelio.de/Rainer Sturm

Quelle: Stuttgarter Zeitung vom 16. März, www.kinderfreundlich-es-stuttgart.de, www.stuttgart.de

Parteiloser wird OB in Frankfurt (Oder)

Martin Wilke ist OB von Frankfurt (Oder). Der SPD-, CDU- und FDP-gestützte parteilose Geschäftsführer

des Investor-Centers Ostbrandenburg siegte am 14. März im ersten Wahlgang mit 59,5 Prozent. *kai*

Quelle: www.bundes-sgk.de, www.maerkischeallgemeine.de

5. DEMO-Kommunalkongress in Mannheim

Am 16. und 17. Juni steigt der 5. DEMO-Kommunalkongress „Kommunalpolitik besser machen“. Erstmals im Westen, genauer gesagt in der Baumhainhalle im Luisenpark in Mannheim, aber wie gewohnt mit viel Prominenz. Am ersten Tag sprechen und diskutieren u.a. die OB Peter Kurz (Mannheim), Stephan Weil (Hannover), Christian Ude (München) und Hans-Jochen Vogel (Ex-Münchener OB, Ex-SPD-Vorsitzender) mit den Teilnehmern. Am Abend findet dann die Verleihung der „DEMO-Kommunalfürche 2010“ für intelligente Kommunalpolitik u.a. mit SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles statt.

Am zweiten Tag begrüßen wir prominente Vertreter aus Kirche (Prof. Friedhelm Hengsbach, SJ), Gewerkschaften (verdi-Chef Frank Bsirske) und Migranten, die mit den Teilnehmern diskutieren, wie sie sozialdemokratische Kommunalpolitik erleben, wo sie Gemeinsamkeiten und Unterschiede sehen. Erstmals wird der Kongress live per Twitter und Facebook begleitet. Kurz: Wir bieten eine engagierte, vielseitige Informations- und Kontaktbörse mit Positionen und Best-Practice-Angeboten – und der Chance, bei eventuellem „informationellem Overload“ den schönen Luisenpark im Frühsommer zu genießen. *sg*



Foto: Lorenz Richter

Wer dabei sein will, kann sich online unter demo-online.de oder kommunalkongress@demo-online.de, oder bei Steffen Martin, T. (030) 255 94 155 anmelden.

Sozialunternehmer im freien Fall

Der Berliner Sozialunternehmer und Treberhilfe-Geschäftsführer (und Ex-SPD-MdA) Harald Ehlert hat nach Vorwürfen wegen Veruntreuung von öffentlichen Geldern, wegen eines Jahresgehalts von rd. 300 000 Euro und einen Maserati mit Fahrer als Dienstwagen sein Amt als Geschäftsführer niedergelegt. Berlins Sozialsenatorin Carola Bluhm (Linke) stellte Strafanzeige gegen Ehlert wegen Veruntreuung öffentlicher Mittel. Zugleich wird geprüft,

ob der Treberhilfe die Gemeinnützigkeit aberkannt wird, dann wären Steuernachzahlungen für die letzten zehn Jahre fällig. Die Treberhilfe und Ehlert müssten u.U. persönlich haften. Die zuständige Diakonie setzte einen Aufsichtsrat ein, der aber von den Ehlert-treuen Gesellschaftern der Treberhilfe gGmbH zum Rückzug gezwungen wurde. Die Gesellschafter setzten dem Interimsgeschäftsführer nun einen Ehlert-Vertrauten an die Seite. *jel*

Quellen: Berliner Morgenpost vom 11. März, Der Tagesspiegel vom 23. März www.tagesspiegel.de

Ein Schlagloch für 50 Euro

Die Gemeinde Niederzimmern bei Weimar verkauft die Schlaglöcher einer Straße. Grund sind die Winterschäden, die die Gemeinde nicht mehr allein stemmen kann. Sind die Löcher gefüllt, will

man die Spender mit einer in die Straße eingelassenen Plakette würdigen. Pro Loch werden 50 Euro fällig, bis zum 16. März waren schon 138 Schlaglöcher an den Mann/die Frau gebracht worden.

Info und Kaufmöglichkeit unter www.niederzimmern.de

Altern und Schrumpfen

Nach Angaben des Statistischen Landesamts Baden-Württemberg wird die Bevölkerung bis 2030 vor allem in den ländlichen Gebieten um durchschnittlich 3,5 Prozent sinken. Dann leben im Ländle statt 10,8 Millionen nur noch 10,4 Millionen Menschen. Steigen wird hingegen der Altersdurchschnitt: von

42,2 auf 46,6 Jahre. Auch die Zahl der Hochbetagten (ab 85 Jahre) wird zunehmen. Spitzenreiter werden dann der Bodenseekreis und der Kreis Breisgau-Hochschwarzwald mit fünf Prozent über 85-Jährigen gemessen an der Gesamtzahl der Bevölkerung sein.

Quellen: Stuttgarter Zeitung, 23. Februar 2010, www.statistik.baden-wuerttemberg.de

Ehrenamt wertschätzen

Der Unterausschuss „Bürgerschaftliches Engagement“ des Deutschen Bundestags hat im März seine Arbeit aufgenommen. Er hat es sich zur Aufgabe gemacht, für die vielfältigen Formen von Bürgerenga-

gement adäquate Formen der Wertschätzung und Anerkennung zu entwickeln. Insgesamt sind 23 Millionen Bundesbürger ehrenamtlich engagiert.

nr

Quelle: www.bundestag.de

Freiem Kita-Jahr droht Abschaffung

Die schleswig-holsteinische Landesregierung plant, das erst im Sommer 2009 von der damaligen großen Koalition beitragsfrei gestellte dritte Kita-Jahr wieder abzuschaffen. Grund sei die desolatte Haushaltslage. Die Gebührenbefreiung kostet das

Land jährlich rund 30 Millionen Euro. Sollte die Rücknahme wahr gemacht werden, wäre das die kurzlebigste Sozialmaßnahme in der jüngeren Geschichte Schleswig-Holsteins.

nr

Quelle: Der Landtag Schleswig-Holstein, 2/2010

Difu-News

Alles neu beim Difu

Nach dem Umzug an seinen neuen Standort in der Zimmerstr. 13-15, 10696 Berlin hat sich das Institut nun auch in der virtuellen Welt ein neues Gewand angelegt. Der Web-Auftritt wurde nicht nur optisch verändert: Er bietet unter anderem die Möglichkeit, sich über die Arbeit des Difu einfacher

und aktueller zu informieren. So können z.B. Forschungsprojekte, Fortbildungsmöglichkeiten und Veröffentlichungen zu einem bestimmten Themenschwerpunkt nun „in einem Rutsch“ recherchiert werden.

Nur die virtuelle Adresse blieb gleich: www.difu.de

Brennpunkt-Seminar zu Schrottimmobilien

Verwahrloste Immobilien bereiten in der kommunalen Praxis häufig gravierende Probleme bei der Umsetzung von stadtentwicklungspolitischen und städtebaulichen Zielsetzungen. Die Problemkonstellationen sind dabei sehr vielfältig. Gemeinsam ist ihnen, dass entweder die Eigentü-

mer nicht bekannt, nicht in der Lage oder nicht willens sind, die an ihre Immobilien gerichteten Anforderungen einer angemessenen Nutzung und Instandhaltung zu erfüllen.

Am 23. April 2010 bietet das Difu in Berlin ein Seminar zu dem hochaktuellen Thema an.

Infos und Anmeldung: www.difu.de/veranstaltungen

Rezension: Quote, Partner und Umfeld helfen

Gut 60 Jahre nach der Gleichstellung im Grundgesetz scheinen Frauen in der Kommunalpolitik eine Selbstverständlichkeit. Tatsächlich stagniert ihr Anteil in den Räten bei 25 Prozent, zehn Prozent der Landräte und vier Prozent der hauptamtlichen Bürgermeister/OB sind weiblich. Die Ursache sieht eine Studie von Lars Holtkamp und Sonja Schnittke v.a. in zu geringer Frauenförderung. In Frankreich habe sich seit Einführung des Paritätsgesetzes der Frauenanteil in Räten von 1995 bis 2001 auf 45,7 Prozent verdoppelt und bei den Wahlen 2008 auf diesem Niveau stabilisiert.

Damit Ähnliches bei uns passiert, fordern die Autoren, dass SPD, Grüne und Linke sich für gesetzliche Quoren wie in Frankreich einsetzen. Bisher haben Parteien wie CDU, CSU und FDP keine oder niedrige Quoren (SPD) oder halten diese nicht ein. Das neue Frauenwahlrecht könnte ein Projekt für rot-rot-grüne Koalitionen werden, so Holtkamp/Schnittke, die aber selber bezweifeln, ob z.B. die Grünen den Mut finden, „tausende männlicher Ratsmitglieder nach Hause zu schicken“.

Was Frauen in der Kommunalpolitik bewegt und welche Faktoren ihre Arbeit fördern oder behindern, haben Uta Kletzing und Helga Lukoschat von der Europäischen Akademie für Frauen in Politik und Wirtschaft (EAF) für das Bundesfrauenministerium erhoben. Schwerpunkt der Befragung von rd. 1 100 Kommunalpolitikerinnen aus über 500 Kommunen mit mehr als 10 000 Einwohnern bildete ein Fragebogen für 1 036 ehrenamtliche Gemeindevorstände und Stadträtinnen, ergänzt durch 24 Interviews.

Ein Fazit dieser bisher umfangreichsten Studie über kommunalpolitisch aktive Frauen: Sie besitzen viel Lebens- und Berufserfahrung (89 Prozent sind älter als 40, jede zweite Akademikerin). Die Hälfte arbeitet zehn und mehr Stunden wöchentlich für die Politik. Das geht v.a., weil 71 Prozent Mutter sind, aber nur ein Drittel von ihnen Kinder unter 16 Jahren hat. 64 Prozent sind erwerbstätig, davon etwa je die Hälfte in Teil- und Vollzeitjobs.

Ein wichtiger Erfolgsfaktor ist die Hilfe des Partners: 82 Prozent leben in fester Partnerschaft, 80 Prozent fühlen sich gut unterstützt. Das wichtigste Motiv ist, sich für allgemeine Interessen einzusetzen, die sonst zu kurz kommen. 86 Prozent waren vor ihrem Mandatsgewinn zivilgesellschaftlich aktiv. Durch Politik wollen sie ihr Engagement in Erfolge umsetzen. Dabei bekamen 62 Prozent den Impuls von außen: zwei Drittel aus der Politik, ein Drittel aus dem Umfeld. 30 Prozent sind dagegen in die Politik „hineingerutscht.“

Sind Frauen erst mal da, bleiben sie dabei: 76 Prozent treten wieder an. Viele kritisieren ungünstige Rahmenbedingungen (lange Gremiensitzungen, schwerfällige Bürokratie) und die „männliche“ Politikkultur, wo Ideologie und persönliche Eitelkeit die Sachorientierung überlagern. Jede dritte hofft auf mehr Unterstützung durch die Partei und will sich breiter vernetzen (wie bei der vom Bundesfrauenministerium initiierten Kampagne www.frauenmacht-kommune.de). Alle fordern familienfreundliche Strukturen für zeitarme Ehrenamtler.

Stefan Grönebaum



Bild: www.pixelio.de, Freelancer0111

Lars Holtkamp/Sonja Schnittke, *Die Hälfte der Macht im Visier*, 320 S., 18 Euro, Bielefeld 2010, ISBN 978-3-9803641-6-4

Uta Kletzing, Helga Lukoschat, *Engagiert vor Ort – Wege und Erfahrungen von Kommunalpolitikerinnen*, Baden-Baden 2010 (i.E.). Kurzfassung der Ergebnisse in: Uta Kletzing, Helga Lukoschat, *Engagiert vor Ort: Wege und Erfahrungen von Kommunalpolitikerinnen*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Nr. 50/2009 vom 7. Dezember 2009

Blick nach Rechts: Sauberer Ratsherr

„Pro Köln“-Stadtrat Jörg Uckermann muss sich vor dem örtlichen Amtsgericht verantworten. Einem Bericht des „Kölner Stadt-Anzeigers“ zufolge wird ihm Körperverletzung vorgeworfen. Er soll im Mai 2008 eine Demonstrantin erst geschubst und dann getreten haben. Nach Informationen des „Stadt-Anzeigers“ wird gegen Uckermann außerdem wegen

des Verdachts der Geldwäsche ermittelt. Uckermann war im Frühjahr 2008 von der CDU zu „pro Köln“ gewechselt. Dort lief ein Ausschlussverfahren gegen ihn. Vorgeworfen wurde ihm die Manipulation einer parteiinternen Wahl. Bei der Landtagswahl im Mai kandidiert er für „pro NRW“ im Wahlkreis Köln III als Direktbewerber. ts

Blick nach Rechts: NPD-Offensive vor Schulhöfen

Die NPD hat im Vorfeld der nordrhein-westfälischen Landtagswahl eine „breit angelegte Schülerkampagne in NRW“ angekündigt. Geplant seien „Anschreiben, eine Netzkampagne und massive

Schultorverteilungen“. „Wir oder Scharia“ ist das Motto der Aktion, die sich gegen eine „Islamisierung unseres Landes“ richten soll. ts

Blick nach Rechts: Schwachbrüstige DP

Die Deutsche Partei (DP) hat ihre Landesliste für nordrhein-westfälische Landtagswahl am 9. Mai zurückgezogen. Man habe festgestellt, „dass unsere Strukturen in NRW noch nicht dazu geeignet sind, einen landesweiten Wahlkampf zu bestreiten“, räumte der DP-Landesvorsitzende Michael Fischer ein. 1 000 Unterstützungsunterschriften hätte die

DP bis zum 22. März für die Liste sammeln müssen. Von diesem Ziel blieb sie offenbar weit entfernt. Festhalten will die Partei an der Kandidatur ihrer beiden Wahlkreiskandidaten: Fischer soll im Wahlkreis Bochum III – Herne II antreten, Dieter Danielzik im Wahlkreis Rhein-Sieg-Kreis IV. ts



Emsland ohne Kraftwerk, Datteln auf der Kippe

Immer mehr geplante Kohlekraftwerke scheitern an Widerstand vor Ort: In Dörpen im Emsland verzichtete die Papierfabrik Nordland auf die Energie eines EnBW-KKW, nachdem Bürger 8 000 Unterschriften gesammelt und der Windanlagenbauer Enercon mit Verzicht auf 1 000 Jobs gedroht hatte. Nun stellte EnBW die Planung ein. Im Fall des KW Datteln hatte das OVG Münster den Bau-

ungsplan für ungültig erklärt. Eine Beschwerde von Kommune und Eon wies das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig ab. Dattelns Rat leitete mit 23 zu 16 Stimmen einen neuen Bebauungsplan ein, zuvor hatte die Bezirksregierung gestattet, den Bau fortzusetzen und die Landesregierung den Klimaschutz aus dem Landesentwicklungsplan gestrichen, um den neuen B-Plan zu ermöglichen.



Foto: www.pixelio.de/Hans-Jürgen-Distelkamp

Quelle: taz, Handelsblatt vom 17. März, Umweltbriefe 04/2010

Stadtwerke gegen Restlaufzeitverlängerung

150 Stadtwerke treten gegen eine Verlängerung der Restlaufzeiten für AKW auf. Stephan Weil (SPD), OB von Hannover und VKU-Präsident, warnt, eine Verlängerung der AKW-Laufzeiten nehme dem Umbau der Energieerzeugung die notwendige Dynamik, weil die Stadtwerke v.a. klimafreundliche Energieerzeugung planten. Die Verlängerung sei „ein massiver Eingriff in die Marktverhältnisse“. Damit würden geplante Investitionen in Erneuer-

bare in zweistelliger Milliardenhöhe bedroht, so Weil. Die SPD macht wie die Stadtwerke Front gegen längere Laufzeiten und ruft für Samstag, den 24. April, zu Aktionen zu „Hände weg vom Atomausstieg“ auf, u.a. um 14.30 bis 15 Uhr zu einer Menschenkette zwischen den beiden Uralt-AKW Krümmel und Brunsbüttel u.a. mit SPD-Chef Sigmar Gabriel. Infos und einen Aktionsleitfaden findet man unter www.zukunft-statt-atom.spd.de



Foto: www.pixelio.de/Rainer-Sturm

Quellen: Stephan Weil im Handelsblatt-Interview am 12. März, Der Spiegel 21. März,

Kaum Luft zum Atmen

Die Stickstoffdioxid- und Feinstaubkonzentrationen waren 2009 an vielen Messstellen laut Umweltbundesamt (UBA) höher als die Werte, die seit dem 1. Januar 2010 gelten. Die vorläufigen Messungen ergaben, dass an 55 Prozent der Standorte die Stickstoffdioxidkonzentrationen weiterhin hö-

her als gewünscht waren, beim Feinstaub wiesen 35 von 408 Messstationen erhöhte Werte auf. Deswegen geht das UBA davon aus, dass an vielen Orten die für 2010 geltenden schärferen Richtwerte nicht eingehalten werden können.

nr

Aktuelle Daten unter www.umweltbundesamt.de/luft/immissionssituation/index.htm

Neues Internetportal zur Energieeffizienz

Die Deutsche Energie-Agentur unterstützt die deutschen Kommunen mit einem speziellen Internetportal zu allen kommunalen Handlungsfeldern. Egal, ob es um Gebäude, Verkehr, Stromnutzung, Energiesysteme, Beschaffung und Bürgerinformati-

on geht, weist das Portal Schritt für Schritt den Weg von der Analyse bis zur konkreten Umsetzung von Energieeffizienzmaßnahmen. Darüber hinaus wird ein Überblick über Förderprogramme geboten und Praxisbeispiele vorgestellt.

nr

www.energieeffiziente-kommune.de

Klimaschutzvorbilder für Kommunen

Eine neu erschienene Dokumentation der beim Difu angesiedelten „Servicestelle: Kommunaler Klimaschutz“ porträtiert die Gewinnerkommunen des Wettbewerbs „Kommunaler Klimaschutz 2009“. Die Publikation beschreibt unterschiedliche Wege zur effektiven Vermeidung von klimaschäd-

lichem CO₂. Leser finden damit eine Auswahl guter Beispiele und Ideen, die vielfach auch auf die eigene Kommune übertragbar sind. Auch in diesem Jahr gibt es den Klimaschutz-Wettbewerb. Bewerbungsschluss ist der 31. März.

difu

Die Veröffentlichung kann ab Ende März kostenlos über das Difu bezogen werden: www.difu.de/publikationen

Leitfaden zur Städtebauförderung

Der „Leitfaden Klimaschutz in der integrierten Stadtentwicklung“ des Bauministeriums NRW soll Verwaltung und Politik Hilfestellung geben bei der Integration von Klimaschutzziele in laufende

und künftige Projekte der Städtebauförderung. Erarbeitet wurde er vom Wuppertal-Institut sowie dem Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung in Dortmund.

kai

Erhältlich bei den Gemeinnützigen Werkstätten Neuss, mvb@gwn-neuss.de

Hannover bei der Umwelt vorn

Unter Umweltgesichtspunkten liegt Hannover in der Spitzengruppe aller deutschen Städte. Dies ergab ein Vergleich von zehn deutschen Großstädten. So weist die niedersächsische Landeshauptstadt mit 56 Quadratmeter pro Einwohner den höchsten

Anteil öffentlich zugänglicher Grünflächen auf. Den ersten Platz nimmt die Stadt auch beim ÖPNV-Streckennetz sowie bei der Abwasserreinigung ein. Einzig bei der Nutzung der Solarenergie liegt Hannover unter dem Durchschnitt.

kai

Quelle: PM der Stadt Hannover, www.hannover.de

Sparkasse Köln-Bonn mit hohem Verlust

Im vergangenen Geschäftsjahr hat die größte kommunale Sparkasse, die Sparkasse Köln-Bonn, einen Verlust von 113 Millionen Euro eingefahren. Um Kosten zu sparen, plant das Geldinstitut nun, zwölf Filialen in Bonn und zehn in Köln zu schließen sowie 1 000 der aktuell 5 000 Mitarbeiter bis zum Jahr 2014 abzubauen. Bereits im vergangenen Jahr waren knapp 200 frei gewordene Stellen nicht wieder besetzt worden. Zudem hat die EU-Wettbewerbsbehörde die Sparkasse wegen möglicher illegaler Beihilfen ihrer Träger im Visier: 350 Millionen Euro von den Städten Köln und Bonn sowie

300 Millionen Euro vom rheinischen Sparkassenverband – gezahlt als stille Einlagen – erregten die Aufmerksamkeit der Brüsseler Behörde. Mitte März wurde zudem bekannt, dass die Ratingagentur Moody's die Sparkasse um vier Stufen von „C“ auf „D-“ herabgesetzt hat.

Unterdessen soll ein neues Sparkassengesetz die öffentlich-rechtlichen Institute in Schleswig-Holstein für Beteiligungen von außen öffnen. CDU und FDP wollen den Kassen ermöglichen, 25,1 Prozent ihrer Anteile an andere öffentliche Geldinstitute zu verkaufen. *kai*



Foto: Holger Weinandt (cc)

Quellen: www.welt.de vom 10. März, [Bonner General-Anzeiger](#) vom 5. März, [Der Landtag Schleswig-Holstein](#) 3/2010

Schnelles Internet für Küstengemeinden

Nach Ansicht der Landesregierung ist Schleswig-Holstein beim Ausbau von Breitbandverbindungen auf einem guten Weg. Bis Ende des Jahres soll ein

Großteil der ländlichen Gemeinden mit einer Geschwindigkeit von einem Megabit pro Sekunde Zugang zum Internet haben. *kai*

Quelle: [Der Landtag Schleswig-Holstein](#) 3/2010

Quickborn leiht sich wieder Geld von Bürgern

Letztes Jahr hatte das schleswig-holsteinische Quickborn wegen seiner schlechten Finanzlage Bürgern drei Prozent Rendite für ein einjähriges Darlehen geboten. Jetzt meldet sich die Stadt wieder zurück mit neuem Konzept und neuem Partner: der Bank für Investment und Wertpapiere (BIW). Das neue Modell wird aber nicht mehr ganz so lukrativ für Interessenten sein wie 2009, wo es noch hieß: Jetzt mehr als 5 000 Euro auf ein Konto einzahlen und in einem Jahr gibt es das Geld zurück plus drei Prozent Zinsen. Jetzt

gibt es nur noch 1,5 Prozent Zinsen bei einer Anlagedauer von zwei Jahren und 2,6 Prozent bei einer von fünf Jahren. Die BIW nimmt auch noch zwölf Euro Kontogebühren pro Jahr. Dazu muss die Stadt 0,15 Prozent der erhaltenen Kreditsumme an die BIW abgeben. Quickborn will mit Hilfe des erhofften Bürgerdarlehens von zwei Millionen Euro in eine Renovierung des örtlichen Gymnasiums und eine Sporthalle investieren. Die Stadt drücken Schulden in Höhe von zwölf Millionen Euro. *jel*



Foto: pixelio.de/Peter Kirchhoff

Quellen: [Frankfurter Allgemeine Zeitung](#) vom 2. März, [Fachzeitschrift für Alternative Kommunalpolitik](#) 5/2009

Berliner Riesenrad kommt nicht ins Rollen

Das seit Jahren als Touristenmagnet am Berliner Zoologischen Garten angekündigte 175 Meter hohe Riesenrad wird wahrscheinlich nie gebaut, da der mit dem Bau beauftragte Immobilienfonds Global View offensichtlich erhebliche Finanzprobleme hat. Auch in Peking und im US-amerikanischen Orlando (Florida), wo die „Geschwister“ des Berliner Riesenrads stehen sollten, hat sich seit Jahren nichts getan; in Peking, wo das Rad schon zu

den Olympischen Spielen 2008 fertig sein sollte, existiert bisher nur ein Metallsockel, in Orlando und Berlin wurden nur die Grundstücke gekauft. Da eine der kreditgebenden Banken, die Münchner Hypo Vereinsbank, ihren Kredit Anfang Februar kündigte und das Projekt seitdem unter Zwangsverwaltung steht, dürften die von rund 10 000 Anlegern zur Verfügung gestellten 208 Millionen Euro (53 Millionen aus Berlin) verloren sein. *nr*



Foto: pixelio.de/Norbert Svojtka

Quellen: [Süddeutsche Zeitung](#) vom 2. März, www.globalview-ig.de

Kommunalisierung von Strom- und Gasnetzen

Die Bundes-SGK hat ein Argumentationspapier zur Kommunalisierung von Strom- und Gasverteilnetzen veröffentlicht. In zahlreichen Städten, Gemeinden und Kreisen laufen in den nächsten Jahren die vertraglichen Bindungen mit den Unternehmen in verschiedenen Sparten der kommunalen Daseinsvorsorge aus. Dabei handelt es sich insbesondere um auslaufende Konzessionsverträge

im Bereich der Verteilnetze der Energieversorgung. Daraus resultiert in vielen Kommunen eine Diskussion darüber, welche Vorteile eine Kommunalisierung der Aufgabenerledigung mit einem eigenen kommunalen Unternehmen oder in Partnerschaft mit anderen kommunalen oder privaten Unternehmen bietet. *sgk*

Das Argumentationspapier kann heruntergeladen unter www.bundes-sgk.de/sgk/Themen/Kommunalisierung/100311_Argumente.html heruntergeladen werden.

Münchener fahren auf ÖPNV ab

Im Gegensatz zu Luftfahrt und Autoindustrie in und um München spricht der landeshauptstädtische Nahverkehr nicht von Krise. So haben 2009 mehr als 500 Millionen Menschen die Fahrmög-

lichkeiten der Münchner Verkehrsgesellschaft (MVG) wahrgenommen, 05, Prozent mehr als 2008. Damit kann das kommunale Unternehmen das fünfte Jahr in Folge steigende Zahlen aufweisen. *nr*

Quelle: [Süddeutsche Zeitung](#) vom 18. März, www.mvg-mobil.de

Wir gratulieren ...

Hans Koschnick, ehem. Bürgermeister von Bremen, **Ingolf Deubel**, ehem. Finanzminister von Rheinland-Pfalz, und **Garrelt Duin**, SPD-Vorsitzender in Niedersachsen, die am 2. April ihren 81., 60. bzw. 42. Geburtstag feiern. Am 4. April begeht Memmingens OB **Ivo Holzinger** seinen 62. und **Peter Simon**, MdEP, seinen 43. Geburtstag. MdEP **Jo Leinen** wird am 6. April 62 Jahre alt. Am 7. April feiern Alt-Bundeskanzler **Gerhard Schröder** und Leverkusens ehem. OB **Ernst Küchler** jeweils ihren 66. sowie Jenas OB **Albrecht Schröter** seinen 55. Geburtstag. **Andrea Ypsilanti**, ehem. Vorsitzende der SPD Hessen, begeht am 8. April ihren 53., **Heike Raab**, Generalsekretärin der SPD Rheinland-Pfalz, ihren 45. Geburtstag.

Ludwig Stiegler, ehem. Vorsitzender der SPD Bayern, wird am 9. April 66 Jahre alt. Am 11. April feiert **Karsten D. Voigt**, ehem. Koordinator für die deutsch-amerikanische Zusammenarbeit, seinen 69. und **Guido Schmitz**, Geschäftsführer der Berliner vorwärts-Verlagsgesellschaft mbH, seinen 43. Geburtstag. **Sigrid Skarpelis-Sperk**, ehem. MdB, wird am 12. April 65 Jahre alt. Am selben Tag feiert **Holger Christier**, ehem. Vorsitzender der Hamburgischen Bürgerschaftsfraktion, seinen 62. Geburtstag. **Hendrik Hering**, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau in Rheinland-Pfalz, feiert am 13. April seinen 46. und **Katrin Bud-**

de, SPD-Vorsitzende in Sachsen-Anhalt, ihren 45. Geburtstag. **Lothar Tautz**, ehem. Landesgeschäftsführer in Sachsen-Anhalt, wird am 15. April 60, **Matthias Machnig**, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie in Thüringen, 50 Jahre alt.

Am 16. April feiert Bonns OB **Jürgen Nimptsch** seinen 56. Geburtstag. **Achim Großmann**, ehem. MdB, wird am 17. April 63 Jahre alt. Am 18. April feiert **Dieter Thalhammer**, OB in Freising, seinen 67. Geburtstag. **Hans-Jürgen Weigl**, ehem. OB in Dillingen, wird am 20. April 67 Jahre alt. Am 21. April begeht der ehem. Münchener OB **Georg Kronawitter** seinen 82. Geburtstag. **Marion Caspers-Merk**, ehem. MdB, wird am 24. April 55 Jahre alt. Am 26. April feiert Göttingens OB **Wolfgang Meyer** seinen 62., **Gerd Walter**, Geschäftsführer der dd_vg., seinen 61. und **Kurt Bodewig**, ehem. MdB, seinen 55. Geburtstag.

Thomas Oppermann, erster parl. Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion, wird am 27. April 56 Jahre alt. Am 28. April feiert **Heidrun Merk**, ehem. Ministerin in Niedersachsen, ihren 65. Geburtstag. **Hermann Scheer**, MdB, wird am 29. April 66, SPD-Schatzmeisterin **Barbara Hendricks** 58 Jahre alt. Am 30. April feiert **Christine Hohmann-Dennhardt**, Richterin am Bundesverfassungsgericht, ihren 60. und **Gitta Trauernicht**, ehem. Sozialministerin von Schleswig-Holstein, ihren 59. Geburtstag.



Nachfragen bei
Kathrin Veh, SPD,
T.: (030) 25991 137

Anzeige

Oft ist das Denken schwer, indes das Schreiben geht auch ohne es.
Wilhelm Busch

Für kulturelle Vielfalt

Die Botschaft ist klar. „Rechtspopulismus und Rechtsradikalismus dürfen keinen Platz in unserem Land haben“, fordern SPD-Chef Sigmar Gabriel und die Spitzenkandidatin für die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen, Hannelore Kraft. Deshalb werden sie sich gemeinsam am 28. März an einer Demonstration gegen den Aufmarsch von

Pro-NRW im Duisburger Stadtteil Marxloh beteiligen. Um ein Zeichen für kulturelle Vielfalt zu setzen, wird Sigmar Gabriel zudem zwischen dem 26. und 28. März verschiedene Moscheen in Nordrhein-Westfalen besuchen. Bereits am 18. März traf er mit Vertretern der islamischen Gemeinden im Willy-Brandt-Haus zusammen.

kai

Ausführlicher Bericht über die Moscheenbesuche in DEMO 5/2010 mit Schwerpunkt „Integration“, SPD-PM 161/10 (19. März)

Neues aus der Bundes-SGK

Kongress „Aufbruch für NRW“ am 17. April in Köln

Im Anschluss an die Landesdelegiertenversammlung der SGK Nordrhein-Westfalen am 17. April 2010 in Köln, an der auch der amtierende Vorsitzende der Bundes-SGK, Hannovers OB Stephan Weil, teilnehmen wird, findet von 13 bis 16 Uhr ein Kongress unter dem Motto „Aufbruch für NRW“

statt mit dem SPD-Vorsitzenden Sigmar Gabriel und der Vorsitzenden der NRW SPD, Hannelore Kraft. Informationen zu dieser Veranstaltung finden sich unter www.sgk-nrw.de. Dort ist auch die Online-Anmeldung möglich.

Delegiertenkonferenz am 12./13. November in Bremen

Die nächste Delegiertenversammlung der Bundes-SGK wird am 12./13. November 2010 in der Messe Bremen stattfinden. Die Bundes-SGK wird über die Bundesdelegiertenversammlung ab Sommer 2010 regelmäßig unter www.bundes-sgk.de informieren.

Die Einladungen werden im September 2010 versandt werden. Weitere Informationen zur Delegiertenversammlung und zur begleitenden Fachausstellung sind bei der Geschäftsstelle der Bundes-SGK (info@bundes-sgk.de) erhältlich.



www.bundes-sgk.de

Handbuch Stadtklima

Experten der Universität Duisburg-Essen, der RWTH Aachen sowie des Difu haben einen Leitfa-

den für den Klimaschutz erarbeitet. In Auftrag ge-

ben habe das „Handbuch Stadtklima“ das Umwelt-

Download der Kurzfassung:
www.umwelt.nrw.de/umwelt/pdf/handbuch_stadtklima.pdf

Online-Portal zum demografischen Wandel

Mit seinem neuen Online-Service „DemoData“ bie-

tet das Rostocker Zentrum zur Erforschung des demo-

grafischen Wandel in Deutschland.

www.zdwa.de/demodata

Günstige Gästewohnungen

Immer mehr gemeinnützige Wohnungsbaugesell-

schaften vermieten möblierte Zimmer und Woh-

nungen tageweise an Touristen. Verschiedene In-

www.urlaubswohnen-in-mv.de,
www.gaestewohnen.de

Internetseite zur Wirtschaftsförderung

Ein neues Internetportal der nordrhein-westfäli-

schischen Landesregierung und der NRW.Bank bietet ei-

nen einfachen und übersichtlichen Einblick in die

umfangreichen Möglichkeiten der Wirtschaftsför-

www.foerderlotse.nrw.de

Wegweiser durch die Förderlandschaft

Unter dem Titel „Kommunale Investitionen för-

dern“ hat der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) einen „Wegweiser durch die aktuelle Förder-

landschaft“ von Unternehmen herausgegeben. Er

ist in der VKU-Publikationsreihe „finanzreport“ un-

ter der Nummer 5 erschienen.
Download:
vku.de/de/Recht_Steuern/Finanzen_und_Steuern/Finanzreport.html

Preis Soziale Stadt 2010

Der Bundesverband für Wohnen und Stadtentwick-

lung (vhw) lobt erneut den „Preis Soziale Stadt“ aus.

Um den Preis können sich Akteure bis zum 30. Juni

mit Projekten bewerben, die innovative Formen des

Zusammenwirkens im Sinne des ganzheitlichen

Ansatzes der „Sozialen Stadt“ verfolgen.
Download der Bewerbungsunter-

lagen unter www.vhw.de

Volksbegehrensbericht 2009

Ob „Pro Reli“ in Berlin, „Wir wollen lernen“ in Ham-

burg oder das „Volksbegehren Nichtraucherschutz“

in Bayern – Formen direkter Demokratie sind gefragt

wie nie in Deutschland. Einen Überblick bietet der

„Volksbegehrensbericht 2009“, den der Verein „Mehr

Demokratie“ herausgibt.
Download: www.mehr-demokratie.de/volksbegehrensbericht.html

Umweltschädliche Subventionen

Die Studie „Umweltschädliche Subventionen in

Deutschland“ des Umweltbundesamts zeigt auf, wo

eben diese vorliegen und wie sie abgebaut werden

können.
Download:
www.umweltbundesamt.de – Pu-

blikationen

Bürgerpreis Schleswig-Holstein

Der Deutsche Bürgerpreis der Initiative „für mich,

für uns. für Schleswig-Holstein.“ würdigt in diesem

Jahr ehrenamtliche Leistungen im Bereich „retten,

helfen, Chancen schenken“. Bewerbungen sind bis

zum 30. Juni möglich.
Bewerbungsunterlagen und Infos:
www.buergerpreis-schleswig-holstein.de

Risikofaktor nächtlicher Fluglärm

Nächtlicher Fluglärm erhöht das Risiko von Herz-

oder Kreislauferkrankungen. Das belegt die Studie

„Risikofaktor nächtlicher Fluglärm“ des Umwelt-

bundesamts.
Download:
[www.umweltbundesamt.de/uba-](http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-medien)

info-medien

Stadtentwicklungs- und Stadtumbaubericht

Der im vergangenen Frühjahr vom Bauministerium

vorgelegte Stadtentwicklungsbericht 2008 liegt nun

als Band 1 der neuen Reihe „Stadtentwicklungspoli-

tik in Deutschland“ vor.

Die Broschüre „Stadtumbau West – Eine Zwischen-

bilanz“ der Bundestransferstelle Stadtumbau West

dokumentiert Charakteristika des Bundespro-

gramms anhand von Praxisbeispielen.
Download:
d-nb.info/1000131882/34 und
www.stadtumbauwest.de/stuw_2008/images/stories/stuw_statusbericht2009.pdf

Termine im April 2010

☐ Am 12. und 13. April treffen sich in Regensburg die kommunalen Energiebeauftragten zu ihrem 15. Deutschen Fachkongress.

Anmeldung: kuenzel@difu.de

☐ Vom 13. bis 14. April findet in Köln die Konferenz „öffentliche Unternehmen führen & steuern 2010“ statt. Infos: www.branchenwerkstatt.de

☐ Am 14. April ist in Berlin ein Difu-Dialog zu „Nationale Stadtentwicklungspolitik“. www.difu.de

☐ Vom 14. bis 16. April findet in Berlin die Tagung „Die Rolle der Bürgerinnen und Bürger in der Stadt der Zukunft“ statt.

Anmeldung: tagungssekretariat@dhv-speyer.de

☐ Vom 15. bis 16. April findet in Essen das Seminar „Ideenfindung – Wege zum Mitarbeiter-Vorschlagswesen“ statt. Anmeldung: isabella.sittel@kgst.de

☐ Am 17. April ist in Mannheim der große JuniorSGK-Kommunalkongress mit Ex-Bundesfinanzminister Hans Eichel als Hauptredner.

online-Anmeldung unter www.jusos-bw.de

☐ Vom 19. bis 20. April findet in Berlin ein Difu-Seminar zum Thema „Datenschutz in der Kommunalverwaltung“. Anmeldung: leute@difu.de

☐ Am 20. April findet im Bundespresseamt in Berlin die Tagung „Kommune.Kompetenz.Karriere. Für mehr Frauen in öffentlicher Verantwortung“ statt. Anmeldung: info@eaf-berlin.de

☐ Am 28. und 29. April in Berlin die KGSt-Fachkonferenz „Trends und Werte für Kommunen von morgen“. Anmeldung: petra.reichau@kgst.de

☐ **Unbedingt vormerken: Am 17. April ist in Köln Landesdelegiertenkonferenz der SGK NRW und Kommunalkongress mit Sigmar Gabriel. Und am 12. und 13. November findet in Bremen die Delegiertenversammlung der Bundes-SGK statt.**

☐ Der nächste DEMO-Newsletter erscheint am 19. April 2010. Mehr Termine unter www.demo-online.de/termine. Alle Angaben ohne Gewähr.

Anzeige



Anzeige



Fachmesse für kommunale Lösungen, Dienstleistungen & Beschaffungen

18.–19. Mai 2010 Messe Stuttgart

Bestellcoupon für die DEMO

Die Demokratische Gemeinde, kurz DEMO, erscheint jeden Monat. Das Einzelheft kostet 6,65 Euro zuzügl. 1,53 Euro Versand. Die DEMO gibt es auch im Jahresabo für 69 Euro frei Haus. Schüler/innen und Studenten zahlen 38,35 frei Haus. Ich bestelle:

- die nächste Ausgabe der DEMO
- Das Jahresabo der DEMO ab der nächsten Ausgabe zum Preis von 69 Euro und erhalte dazu das Handbuch „Deutschland kommunal 2010“
- Das Jahresabo für Schüler/innen und Studenten/innen ab der nächsten Ausgabe zum Preis von 38,35 Euro (bitte Nachweis beilegen)
- ein kostenloses Probeexemplar der DEMO
- Das Handbuch „Deutschland kommunal 2010“ zum Preis von 22,50 Euro zzgl. Porto und Versand.

Name: _____

Adresse: _____

E-Mail: _____@_____

Datum/Unterschrift: _____

Das Abo verlängert sich um ein Jahr, sofern es nicht spätestens drei Monate vor Ablauf gekündigt wird. Diese Bestellung kann innerhalb von einer Woche gegenüber der Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH, Stresemannstr. 30, 10963 Berlin, widerrufen werden. Es gilt das Datum des Poststempels.

www.demo-online.de

Der DEMO-Newsletter geht an mehrere tausend Mailadressen. Wenn Sie jemanden kennen, der uns gerne kennenlernen möchte, teilen Sie uns bitte seine Mailadresse mit.

Wenn Sie im Newsletter werben wollen, wenden Sie sich bitte an Henning Witzel,

T.: (030) 25594175 oder witzel@demo-online.de. Wir freuen uns auf Ihre Post.

Falls Sie den Newsletter nicht mehr erhalten möchten, senden Sie bitte eine Mail an tanski@demo-online.de mit dem Betreff „keinen Newsletter mehr“.

Impressum: Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH, Redaktion Demokratische Gemeinde, Stresemannstr. 30, 10963 Berlin. Redaktionelle Bearbeitung: Kai Doering (kai), Norbert Seeger (nr), Jesper Ernlund Lassen (jel), V.i.S.d.P.: Stefan Grönebaum (sg)